

„Sehr visionär und kühn“

Rundgespräch anlässlich des 20. Jahrestags des Mauerfalls

Stefan Jorda

Wie verlief die Fusion der Physikalischen Gesellschaften nach der Wende? Wie entstand ein einheitliches Wissenschaftssystem? Wer waren dabei die Gewinner, wer die Verlierer? Um diese und weitere Fragen zu diskutieren, haben das *Physik Journal* und der Wissenschaftshistoriker Dieter Hoffmann¹⁾ die Zeitzeugen und Akteure Gunnar Berg und Alexander Bradshaw zu einem Gespräch eingeladen.

Stefan Jorda: Wie haben Sie den Tag des Mauerfalls erlebt?

Alexander Bradshaw: Am Abend des 9. November hatte ich einen Termin mit einem Kollegen bei BESSY. Wieder zuhause erfuhren meine Frau und ich aus den Nachrichten, dass sich tausende Leute auf der anderen Seite der Mauer sammeln würden. Ich wollte dort hin, aber meine Frau, die immer in West-Berlin gelebt hat, glaubte nicht, dass etwas passieren würde. Deshalb war ich nicht an Ort und Stelle. Aber die darauf folgenden Tage in Berlin waren einmalig, die Stimmung nach dem Mauerfall war unbeschreiblich.

Gunnar Berg: Ich war zuhause. Nachbarn haben uns veranlasst, den Deutschlandfunk einzuschalten. Meine Frau und ich waren der Meinung, dass nicht sein könne, was wir hörten. Um so gespannter haben wir die Ereignisse am nächsten Tag verfolgt.

Dieter Hoffmann: Was wussten Sie vor dem Mauerfall von der Physik im Osten und umgekehrt?

Bradshaw: Da ich einen ausländischen Pass habe, konnte ich relativ einfach von West- nach Ost-Berlin fahren. 1984 oder 85 habe ich die Institute in Adlershof besucht und dort vorgetragen. Aber die Umstände waren merkwürdig: Es gab ein Programm, von dem nicht abgewichen wurde, und im Voraus war of-



In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 stürmten Berliner aus Ost und

West die Mauer am Brandenburger Tor.

fenbar sehr genau geplant, mit wem ich reden sollte und mit wem nicht.

Hoffmann: Der damalige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Herr Zacher, hat die Wissenschaftslandschaft der DDR eine Wüste genannt. Dieses undifferenzierte und harsche Urteil ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass man so gut wie nichts wusste.

Bradshaw: Im Durchschnitt wussten wir sehr wenig von der Physik in der DDR, und bis auf wenige Ausnahmen wie Herrn Bethge²⁾ in Halle kannten wir unsere DDR-Kollegen nicht.

Berg: Aus unserer Sicht war das ganz anders. Kollegen, die auf unserem Fachgebiet arbeiteten, kannten wir zumindest aus der Literatur. Außerdem hatten wir viele Kooperationen mit Ungarn, Polen oder Tschechen, die wesentlich leichter Westdeutsche zu Konferenzen einladen konnten als wir, bis 1980/81 war das gar kein Problem. Wer wollte, konnte auch die Physikalischen Blätter lesen und war daher über die Entwicklung der Physikalischen Gesellschaft und damit auch der Physik sehr gut informiert.

Jorda: War es einfach, an die Physi-

kalischen Blätter heranzukommen?

Hoffmann: Bis in die späten 60er-Jahre lagen sie in allen Bibliotheken aus, und auch danach waren sie nicht im berühmten Giftschränk. Sie wurden zwar nicht auf dem Tablett serviert, aber mit etwas Geschick konnte man sie in den Instituten finden.

Jorda: Wie gut war im Westen das DDR-Wissenschaftssystem insgesamt bekannt?

Bradshaw: Wir kannten natürlich alle die Akademie der Wissenschaften und wussten, dass die physikalische Forschung sehr stark an den Akademie-Instituten konzentriert war.

Berg: Da bin ich anderer Meinung. Offenbar ist es ein unausrottbares Vorurteil, dass das Wissenschaftssystem der DDR dem der Sowjetunion entsprach. In der Sowjetunion wurde die Forschung tatsächlich an den Akademie-Instituten gemacht, und die Universitäten waren bis auf ganz wenige Ausnahmen Lehranstalten. Aber die DDR hatte im Wesentlichen das deutsche System mit einer universitären sowie einer sehr starken außeruniversitären Forschung an den

1) Prof. Dr. Dieter Hoffmann ist seit 1991 Vorsitzender des DPG-Fachverbands Wissenschaftsgeschichte. Er studierte Physik an der Humboldt-Universität in Berlin und promovierte und habilitierte dort in Wissenschaftsgeschichte. Von 1975 bis 1990 arbeitete er in der Akademie der Wissenschaften der DDR als Wissenschaftshistoriker.

2) Prof. Dr. Heinz Bethge (1919 – 2001) war ein Oberflächenphysiker und Pionier der Elektronenmikroskopie, der auch international hohes Ansehen genoss. Er war langjähriger Präsident der Leopoldina. Im Jahr 2000 wählte ihn die DPG zum Ehrenmitglied.

Akademie-Instituten. An den sechs Universitäten ist gute physikalische Forschung gemacht worden, die ohne weiteres vergleichbar und konkurrenzfähig zur Akademie war. Der Wissenschaftsrat hat aber immer das Gegenteil behauptet.

Bradshaw: Von den etwa 6000 in der Forschung tätigen Physikern in der DDR waren aber 80 Prozent an den Akademie-Instituten und nur 20 Prozent an den Universitäten. Deshalb haben die Akademie-Institute einen massiven Schwerpunkt gebildet.

Jorda: Welche Rolle haben angewandte und Grundlagenforschung in der Akademie gespielt?

Berg: Bis Mitte der 70er-Jahre wurde an der Akademie noch vielfach reine Grundlagenforschung betrieben. Aber als es der DDR wirtschaftlich immer schlechter ging, also in den 80er-Jahren, nahm die angewandte und auftragsgebundene Forschung immer mehr zu und dominierte schließlich. Wenn man Investitionen benötigte, musste man auch nachweisen, dass das Nutzen bringt, in der Regel gemeinsam mit Industriepartnern.

Jorda: Und wie frei konnte geforscht werden?

Berg: Die gesamte Forschung war staatlich organisiert, es gab sog. Hauptforschungsrichtungen, und man musste als Gruppe versuchen, da hineinzukommen. Die Hauptforschungsrichtungen mussten volkswirtschaftlich wichtig sein



Im Magnus-Haus in Berlin diskutierten (v. l.) Alexander Bradshaw, Gunnar Berg, Stefan Jorda und Dieter Hoffmann.

und wurden in der Regel federführend von Akademie-Instituten geführt. Als hallesche Physik hingen wir an dem großen Festkörperlabor in Dresden dran. Im Grunde kam es dann auf das Geschick der Leute an, wie es ihnen gelang zu begründen, dass die eigene Forschung wichtig ist.

Jorda: Nach dem Mauerfall dauerte es nur ein gutes Jahr bis zur Wiedervereinigung der beiden Physikalischen Gesellschaften in Ost und West. Wie lief dieser Prozess ab?

Bradshaw: Zunächst einmal waren wir alle völlig überrascht. Obwohl es im Laufe des Jahres 1989 in Ost- und Westeuropa so viele Veränderungen gegeben hatte, hatte keiner von uns über die weitere Entwicklung und eine mögliche Wiedervereinigung nachgedacht. Inzwischen

wissen wir, dass die Regierungen und Geheimdienste genauso überrascht waren. Die ersten Kontakte zur Physikalischen Gesellschaft der DDR gab es im Frühjahr 1990, nachdem Herr Röpke³⁾ zum Vorsitzenden gewählt worden war.

Hoffmann: Wie ist in der DDR dieser Aufbruch der Physikalischen Gesellschaft gestaltet worden?

Berg: Der wurde gar nicht gestaltet, sondern hat sich ergeben. Turnusmäßig sollte der Vorstand bei der Physikertagung im Februar neu gewählt werden. Die Wahlliste bestand praktisch aus dem alten Vorstand, und wie üblich sollte offen abgestimmt werden. Doch es gab Proteste: Eine geheime Wahl wurde gefordert sowie die Möglichkeit, weitere Kandidaten aufzustellen. Das ging dann per Zuruf, und es war reiner Zufall, dass genau acht der Anwesenden nominiert wurden, entsprechend der Zahl der Vorstandsämter. Bei der geheimen Abstimmung wurden diese acht gewählt und niemand vom alten Vorstand.

Bradshaw: Den richtigen Anstoß für die Fusion der beiden Gesellschaften gab im März 1990 ein Besuch von Herrn Röpke auf der Physikertagung der DPG in München. Anlässlich dieses Treffens vereinbarten die Vorstände in einer gemeinsamen Erklärung, beide Gesellschaften zusammenzuführen.⁴⁾

Berg: Bei uns setzte sich sehr schnell die Meinung durch, dass die beiden Gesellschaften fusionieren sollten – egal wie das politisch wei-

3) Prof. Dr. Gerd Röpke, Universität Rostock, war vom Februar 1990 bis zur Wiedervereinigung der Physikalischen Gesellschaften Ende 1990 Vorsitzender der Physikalischen Gesellschaft der DDR.

4) Im Online-Inhaltsverzeichnis zu diesem Heft unter www.physik-journal.de sind zahlreiche Artikel aus den Physikalischen Blättern zur Wiedervereinigung der Physikalischen Gesellschaften sowie zur Evaluierung der Akademie-Institute zu finden.

DIE TEILNEHMER

Als die Mauer fiel, war **Prof. Dr. Alexander M. Bradshaw** wissenschaftliches Mitglied und Direktor am Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin sowie designierter Vorsitzender der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin. Nach der Wiedervereinigung lernte er als Mitglied der Evaluierungskommission des Wissenschaftsrats alle Physik-Institute der Akademie kennen. Von 1998 bis 2000 war Bradshaw Präsident der DPG, von 1998 bis 2008 wissenschaftlicher Direktor des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Garching und Greifswald.



Prof. Dr. Gunnar Berg war nach der Wende stellvertretender Vorsitzender der Physikalischen Gesellschaft der DDR und gehörte der Initiativgruppe zur Erneuerung der Universität Halle an. Nach der Wiedervereinigung der beiden Physikalischen Gesellschaften engagierte er sich von 1990 bis 1998 im Vorstand der DPG. Darüber hinaus war er u. a. Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Vorsitzender des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultätentages sowie Präsidiumsmitglied des Deutschen Hochschulverbandes.



ter geht. Es wäre ja auch denkbar gewesen, dass beide Staaten parallel weiter bestanden hätten, Mitte März war von politischer Einigung noch nicht so deutlich die Rede.

Hoffmann: Selbst zuvor recht regimetreue Kollegen meinten nun, der Zug der Zeit ist, dass wir eine einheitliche Physikalische Gesellschaft bilden. Aus meiner Sicht kommen hier zwei Dinge zusammen, zunächst ein gewisser Pragmatismus, den man Physikern ja generell unterstellt. Außerdem glaube ich, dass gerade ältere Physiker noch ein Bewusstsein dafür hatten, dass die Physikalischen Gesellschaften sich in Ost und West noch lange Zeit als Einheit gefühlt hatten – so hieß ja die Ost-Gesellschaft bis 1963 Physikalische Gesellschaft „in der DDR“ und nicht „der DDR“. Dieses Bewusstsein erklärt, warum die Physikalischen Gesellschaften eine der ersten, vielleicht die ersten Organisationen waren, die aktiv den Einigungsprozess vorangetrieben haben.

Bradshaw: Im Nachhinein ist es unglaublich, was innerhalb kürzester Zeit passiert ist. Es gab keinen Generalstabsplan für die Wiedervereinigung, aber sie fand auf allen gesellschaftlichen Ebenen statt. Wir hatten Angst, dass die Situation in Russland umkippen könnte. Man hat dieses Zeitfenster als einmalige Gelegenheit gesehen, die deutsche Wiedervereinigung zu verwirklichen. Die Geschwindigkeit und die Tatsache, dass alles so reibungslos lief, ist eine unglaubliche Leistung.

Hoffmann: Ich glaube, hier vermischen sich in der Retrospektive

schon die Dinge. Ich kann mich an Diskussionen noch zu Beginn des Jahres 1990 erinnern, ob die Vereinigung überhaupt möglich ist. Uns in der DDR war sehr bewusst, dass wir von den Entscheidungen der Großmächte, speziell der Sowjetunion, die ja eine halbe Million Soldaten in der DDR stationiert hatte, abhängen und nicht frei agieren konnten. Insofern war, was in der Physikalischen Gesellschaft ad hoc gemacht wurde, sehr visionär und kühn, weil das höchstens parallel zu den politischen Aktivitäten, vielleicht sogar einen Schritt voraus war.

Jorda: Hatten Sie den Eindruck, dass sich Physiker aus Ost und West auf gleicher Augenhöhe begegnet sind?

Berg: Für mich war eines der positivsten Erlebnisse der ganzen Zeit, dass völlig kollegial miteinander verhandelt und gesprochen wurde, auch bei Meinungsverschiedenheiten.

Hoffmann: Sie haben später auch an der Universität Halle Verantwortung getragen und mit westdeutschen Kollegen verhandelt. Waren Ihre dortigen Erfahrungen ähnlich positiv?

Berg: Nicht überall. Mich hat unheimlich beeindruckt, wie das bei den Physikern abgelaufen ist. Mein Eindruck war, dass es umso schwieriger wurde, je mehr man sich von den Naturwissenschaften entfernt hat.

Jorda: Wie hat der Erneuerungsprozess an den Hochschulen funktioniert?

Berg: Noch 1990 war dieser Prozess sehr wenig geregelt und organisiert,

sondern eher spontan. Bei uns in Halle gab es im Februar oder März Wahlen zu den Sektionsräten. Am Institut der Physik hatte der neue Sektionsrat keinen großen Überlapp mehr mit dem alten.

Hoffmann: Das lag sicher auch daran, dass in den Naturwissenschaften der Anteil der SED-Mitglieder deutlich geringer war als in den Geisteswissenschaften, wo er bei fast 100 Prozent lag.

Berg: Die eigentliche Erneuerung ging erst nach den Landtagswahlen los. Dann wurden die Personalkommissionen eingerichtet, die jede Person an der Universität individuell überprüft haben. In Sachsen-Anhalt gab es die „außerordentlichen Berufungskommissionen“, denen bis auf wenige Ausnahmen westdeutsche Kollegen angehörten und die maximal 25 Prozent der Professuren besetzen durften. Da konnten sich die Leute intern bewerben. Die anderen Professuren wurden ganz normal ausgeschrieben.

Jorda: Welche Rolle hat die politische Vergangenheit bei der Evaluierung der Personen gespielt?

Berg: Die Personalkommissionen haben jeden Einzelfall geprüft. Die SED-Mitgliedschaft selbst war kein Kriterium, sondern es ging darum, wie sich eine Person in DDR-Zeiten verhalten hat. Eine große Rolle spielte natürlich eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Aber auch da wurde von Fall zu Fall versucht zu ermitteln, was wirklich geschehen ist und aus welchen Gründen. Ich erinnere mich an Personen, die nicht mal SED-Mitglied waren, aber aufgrund von Maßnahmen, die sie in den 80er-Jahren gegenüber Studenten ergriffen haben, nicht positiv evaluiert wurden.

Hoffmann: Man sollte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es auch Leute gab, die politisch im Osten nicht mehr tragbar waren und dann im Westen ein Unterkommen fanden.

Jorda: Zur Erneuerung der Akademie-Institute hatte der Wissenschaftsrat eine Evaluierungskommission eingesetzt. Wann nahm diese ihre Arbeit auf?

Bradshaw: Erst im September/



MPI für Mikrostrukturphysik

Das Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik in Halle ist aus dem von Heinz Bethge gegründeten Akademie-

Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie hervorgegangen.



E. Dreisigacker

Die Präsidenten der beiden deutschen Physikalischen Gesellschaften, Theo Mayer-Kuckuk (links) und Gerd Röpke, unterschrieben am 20. November 1990

im Magnus-Haus die Vereinbarung zum Zusammenschluss der beiden Gesellschaften.

Oktober 1990. Wir besuchten alle zwölf Institute, die sehr unterschiedliche Größe hatten. In dem Jahr seit dem Fall der Mauer hatten die Institute bereits Strukturänderungen eingeführt, und die Routineaufträge für die Industrie oder die Verteidigungsforschung waren zum Beispiel verschwunden.

Jorda: Welchen Eindruck hatten Sie von den Instituten?

Bradshaw: Wir haben die Labors besichtigt, mit Wissenschaftlern geredet, die sehr, sehr umfangreiche Dokumentation gelesen und dann natürlich in unseren Klausursitzungen versucht, zu einem Urteil zu kommen. Wir hatten den Eindruck, dass die Zahl der angestellten Physiker sehr hoch war im Vergleich zum wissenschaftlichen Output.

Jorda: Wie erklärten Sie sich das?

Bradshaw: Das hatte viele Gründe. Ein großes Problem war zum Beispiel, dass aufgrund der Restriktionen viele Leute damit beschäftigt waren, Geräte zu bauen, die im Westen frei erhältlich waren. Außerdem haben wir die Institute in einer Umbruchphase evaluiert, in der viele Arbeitsgruppen dabei waren, neue Forschungsfelder zu finden. Weil sie in der Vergangenheit stark anwendungsorientiert gearbeitet hatten, existierten kaum Publikationen.

Jorda: Gab es auch Ausnahmen?

Bradshaw: Sicher! Einige Wissenschaftler hatten einen internationalen Ruf. Die Max-Planck-

Gesellschaft hat daher Max-Planck-Arbeitsgruppen geschaffen. Schließlich gab es auch die Empfehlung des Evaluierungsausschusses, das Hallenser Akademie-Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie von Heinz Bethge in ein Max-Planck-Institut zu überführen, das heutige Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik. Im Zuge der Umstrukturierung wurden dort allerdings neue Forschungsrichtungen etabliert.

Jorda: Die Evaluierung der Akademie-Institute war der Auftakt zu regelmäßigen Evaluierungen aller Organisationen und Institute in Deutschland.

Bradshaw: Ja, daher mag ich es nicht, wenn man vom fehlenden Leistungsprinzip in der DDR spricht, denn im westdeutschen

System wurde das vorher auch nicht allzu groß geschrieben.

Jorda: Was waren die wichtigsten Ergebnisse der Evaluierung?

Bradshaw: Unsere Empfehlungen führten zur Gründung von mehreren Instituten, die heute zum größten Teil in der Leibniz-Gemeinschaft sind. Viele dieser Institute sind wirklich Erfolgsgeschichten und haben einen herausragenden internationalen Ruf, zum Beispiel das Max-Born-Institut in Adlershof oder das Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik in Greifswald.

Hoffmann: Warum wurde die Akademie aufgelöst, statt sie als außeruniversitäre Einrichtung neben Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft zu erhalten?

Bradshaw: Der Vertrag über die deutsche Einheit hat vorgesehen, dass die Forschungslandschaft der ehemaligen DDR so auszusehen hätte wie die Landschaft der alten Bundesrepublik. Für die Einheit des Landes wäre es schwierig gewesen, wenn wir in Ost und West zwei unterschiedliche Systeme der institutionellen Forschung gehabt hätten.

Hoffmann: Damit stellt sich auch die Frage nach den Verlierern dieses Einigungsprozesses. Ich denke z. B. an die Industriephysiker.

Bradshaw: Ja, aber auch die vielen Physiker aus den Akademie-Instituten, die keinen Job mehr in der Physik gefunden haben. Wenn man die Zahl der damaligen Mitarbeiter, 6000 bis 8000 je nach Zählung, mit der Zahl der Planstellen in den neuen Instituten vergleicht,



Max-Born-Institut

Das Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie in Berlin-Adlershof wurde auf Empfehlung des Wissenschaftsrats 1991 gegründet.

wurde wahrscheinlich nur die Hälfte der Physiker in den neuen Einrichtungen übernommen. Die Bundesregierung hatte sich das Wissenschaftler-Integrations-Programm WIP als Notmaßnahme ausgedacht mit der Idee, dass diese Leute Stellen an den Universitäten bekommen könnten. Ich denke, die Beteiligten wussten auch damals, dass das ziemlich unrealistisch war.

Hoffmann: Mitnichten wussten wir das – man hat vielmehr in gutem Glauben auf die Politik gesetzt.

Berg: Das WIP-Programm war aus meiner Sicht die gravierendste Fehlentscheidung. Man war der Meinung, wir müssten diese Gruppen eine zeitlang über Wasser halten und dann würden sie in die Universitäten integriert, denn die Universitäten haben ja keine Forschung. Bis auf ganz wenige Ausnahmen hat das überhaupt nicht geklappt, und die Leute waren wahnsinnig enttäuscht. Das ist nicht gelungen, weil die Kapazitäten an den Universitäten bereits ausgeschöpft waren.

Hoffmann: Konsequenter oder gar „gerecht“ wäre es dann aber gewesen, die Universitäten auch aufzulösen – zumal an der Akademie oft noch ein Unterkommen zu finden war, wenn man an der Universität als „unzuverlässiger politischer Kandidat“ galt.

Berg: Das hätte den Universitäten viele Probleme, die noch bis heute nachwirken, bei der Anpassung an die neuen Strukturen erspart, war aber politisch nicht durchsetzbar.

Bradshaw: Es war schwierig genug, gemäß den Empfehlungen des Evaluierungsausschusses gewisse Gruppen der Akademie-Institute durch die Universitäten zu übernehmen. Hier ist auf jeden Fall sehr viel Potenzial verloren gegangen.

Hoffmann: Herr Bethge hat mir einmal gesagt: „Wissen Sie, so richtig verstehe ich diese Welt auch nicht, wenn die neuen Max-Planck-Direktoren vor der Frage stehen, für eine Million ein Gerät anzuschaffen oder zehn Leute einzustellen, entscheiden sie sich immer für das Gerät. Ich würde mich wohl meistens für die Leute entscheiden.“

Berg: Beim Abbau des relativ starken Mittelbaus an Universitäten

und außeruniversitären Einrichtungen ist man zu rigoros vorgegangen. Da war unglaublich viel Erfahrung vorhanden, die Leute konnten noch das letzte Prozent aus einem Gerät herauskitzeln. Wenn man da ein gesundes Maß gefunden hätte, wäre das auch heute noch sinnvoll, gerade im Hinblick auf die Ausbildung.

Hoffmann: Im Rückblick muss man auch feststellen, dass fast alle Direktoren aus dem Westen kamen. War das gerechtfertigt?

Berg: Es wurden offenkundig „normale“ Max-Planck-Berufungsmaßstäbe angelegt. Dabei hatten, den Umständen in der Vergangenheit geschuldet, Kandidaten aus dem Osten kaum eine Chance. Mir ist nur Johannes Heydenreich bekannt, der in Halle zu den Gründungsdirektoren des Institutes gehörte und auch Mitglied eines der Stuttgarter Institute war.

Hoffmann: Alles lief eben weitgehend nach den Regeln des westdeutschen Wissenschaftssystems ab. Das war dann vielfach so, als wenn man den Trabanten für die Formel 1 zulassen würde, d. h. ein fairer Wettbewerb war das nicht.

Berg: Die Max-Planck-Gesellschaft will die Formel 1.

Bradshaw: Interessant ist, dass die MPG innerhalb von zehn Jahren fast 20 neue Institute gegründet hat, sodass die Dichte an Instituten heute im Osten so hoch ist wie im Westen.

Hoffmann: Wurden hier nicht auch Chancen genutzt, sich alte Träume der Bundesrepublik zu erfüllen? So gab es bereits in den 70er- und 80er-Jahren die Idee eines Instituts für Gravitationsphysik, ähnliches gilt für mein eigenes Fachgebiet, die Wissenschaftsgeschichte.

Bradshaw: Es war nicht so, dass die Institutsdirektoren in Westdeutschland ihre Schubladen aufgemacht und Pläne für neue Institute herausgezogen haben. Erst ein intensiver Prozess über zwei, drei Jahre hat zu diesen Vorschlägen geführt.

Jorda: Ging es dabei nur nach rein wissenschaftlichen Prinzipien, oder gab es auch politische Vorgaben? Ich denke insbesondere an die Entscheidung, das Fusionsexperiment

Wendelstein 7-X in Greifswald zu bauen.

Bradshaw: In dem Ausschuss des Wissenschaftsrats war noch nicht davon die Rede, dass in Greifswald ein Großgerät etabliert werden sollte. Die politische Entscheidung im BMBF kam zwei Jahre später zu einem Zeitpunkt, als offensichtlich Mittel zur Verfügung standen und ein Forschungsminister im Amt war, dem besonders die Interessen der neuen Bundesländer am Herzen lagen. Die dringende Notwendigkeit, dieses einzigartige Fusionsexperiment vom Typ Stellarator zu realisieren, kam natürlich hinzu!

Jorda: Wie erklären Sie sich, dass die ostdeutschen Standorte bei der Exzellenzinitiative schlecht abgeschnitten haben?

Bradshaw: Wenn nicht die Universitäten, sondern die außeruniversitären Institute bei der Exzellenzinitiative federführend wären, hätten die neuen Bundesländer sicher anders abgeschnitten. Das ist keine Kritik an den Universitäten, sondern am deutschen Bildungs- und Forschungssystem, in dem die Universitäten von den Ländern finanziert werden, die zum Teil große finanzielle Schwierigkeiten haben.

Hoffmann: Ist hier nicht fast das alte DDR-System perpetuiert worden – mit dem Schwergewicht auf den außeruniversitären Einrichtungen gegenüber den Universitäten?

Berg: So extrem würde ich das nicht sagen. In den neuen Ländern besteht in der Regel eine sehr enge Verbindung der außeruniversitären Institute mit den Universitätsfachbereichen, sodass diese wirklich voneinander profitieren. In Halle funktioniert das gerade bei den Physikern ganz hervorragend, aber mit dem relativ kleinen Max-Planck- und Fraunhofer-Institut und einem mittelgroßen Unifachbereich können Sie einfach nicht mithalten mit einem Cluster in München. Ich finde es immerhin positiv, dass die Länder dann trotzdem in die entstandenen Netzwerke investieren, natürlich mit der Hoffnung und Aussicht, dass daraus noch mehr werden kann.